

SITZUNGSVORLAGE

Fachamt: Finanzverwaltung
Datum/Verfasser: 27.08.2018/Markus Schwarz
Aktenzeichen: 902.41

Finanzzwischenbericht 2018

1. Sachverhalt

1.1 Ausblick auf das vorläufige Rechnungsergebnis 2017

Die Zahlen des Rechnungsjahres 2017 sind noch nicht endgültig, aber größere Veränderungen wird es nicht mehr geben. Der Verwaltungshaushalt 2017 schließt weitaus positiver ab als in der Planung erwartet. Durch Mehreinnahmen und Wenigerausgaben wird die Verbesserung knapp über 2 Mio. € betragen. Im Haushaltsplan 2017 war noch eine negative Zuführung vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt in Höhe von 460.000 € eingestellt. Allerdings lagen zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung wichtige Orientierungsdaten in Form des Haushaltserlasses für das Jahr 2017 nicht vor. Auch die Mai-Steuerschätzung 2017 brachte deutlich bessere Zahlen hervor, ebenso wie die niedrigere Festlegung des Kreisumlagehebesatzes 2017 durch den Landkreis.

Bereits im Finanzzwischenbericht 2017 konnte man davon ausgehen, dass sich die negative Zuführung in eine positive Zuführung in Höhe von rund 245.000 € wandelt. Das nun zu erwartende Ergebnis liegt aber nochmals deutlich darüber. Maßgeblichen Anteil haben daran hauptsächlich die Gewerbesteuer mit einem Plus von rund 391.000 €, der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit + 333.000 € und höhere Schlüsselzuweisungen vom Land mit fast + 636.000 €. Von den Mitteln für die Personalausgaben mussten rund 325.000 € nicht ausgegeben werden. Die Kreisumlage liegt um etwa 139.500 € unter der Haushaltsplan-summe 2017.

Im Vermögenshaushalt musste im Finanzzwischenbericht 2017 konstatiert werden, dass bei den Ausgaben wenig passiert. Dies hat sich bis zum Jahresende in der Tendenz nicht wesentlich geändert. Allerdings wird der Vermögenshaushalt 2017 wegen geringeren Einnahmen durch fehlende Grundstückserlöse (- 3,5 Mio. €) und hohe zu übertragende Haushaltsreste mit einer Summe von rund 12 Mio. € belastet. Dies hat überwiegend seine Gründe in zeitlichen Verschiebungen bei der Erschließung und Vermarktung des Wohngebiets Urbacher Mitte II und des Umlegungsgebiets im Marktweg. Auch andere Projekte, wie der Ausbau der Steinbeisstraße, der Abbruch der Espachhalle, die Umsetzung von Gartenschauprojekten oder Hochwasserschutzmaßnahmen, verzögerten sich.

Das Übernehmen dieser nicht verausgabten Haushaltsmittel von 2017 ins Rechnungsjahr 2018 belasten den Jahresabschluss 2017 so sehr, dass nicht alle Haushaltsreste finanziert werden können und eine höhere Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage als geplant, trotz planmäßiger Aufnahme eines Kredits i.H.v. 1,9 Mio. €, zu erwarten ist.

1.2 Einnahmen des Verwaltungshaushalts 2018

Die Steuern und allgemeinen Zuweisungen gingen bis zum Stichtag der Auswertungen am 29.06.2018 mit 57 % ein. In der Summe wurden im ersten Halbjahr 2018 insgesamt 8,80 Mio. € (Vorjahr 8,83 Mio. €) vereinnahmt. Alle Plansätze für das Jahr 2018 zusammen liegen bei 15,37 Mio. €. Bei der Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Vergnügungssteuer sind die Haushaltsansätze 2018 erreicht.

Erfreulicherweise hat sich im Juli 2018 das Soll der Gewerbesteuer durch entsprechende Veranlagungen deutlich erhöht. Zum 29.06.2018 betrug die Summe der Veranlagungen noch rund 3,5 Mio. €, Stand Mitte September 2018 sind rund 4,4 Mio. € zu erwarten. Wie immer gilt aber, dass sich durch entsprechende Abrechnungen und Vorauszahlungsanpassungen der Betrag bis zum Jahresende auch noch reduzieren kann.

Die Bundesregierung erwartet auf Grundlage der Frühjahrsprojektion 2018 für dieses Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um real + 2,3 %. Für das nominale Bruttoinlandsprodukt werden nunmehr Veränderungsdaten von + 4,2 % für das Jahr 2018 erwartet. Was die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter angeht, wird für das Jahr 2018 eine Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter um 4,4 % angenommen. Dies sind 0,5 Prozentpunkte mehr als in der Herbstprojektion 2017. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen - zentrale Bezugsgröße für die gewinnabhängigen Steuerarten - sollen im Jahr 2018 um 4,5 % steigen.

Auch für die nächsten Jahre wird ein positives Steuerwachstum erwartet. Insofern dürften sich die Einnahmen aus dem Finanzausgleich, wie der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, an der Umsatzsteuer sowie die Schlüsselzuweisungen vom Land, im Vergleich zur Haushaltsplanung 2018 nicht reduzieren.

Neben den Steuern und allgemeinen Zuweisungen sind die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb die zweitgrößte Position bei den Einnahmen des Verwaltungshaushalts. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Gebühren und ähnlichen Entgelte, Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen. Die Gebühren für die Abwasserbeseitigung mit einem Ansatz von 935.500 € gingen noch nicht ganz zur Hälfte ein, ebenso wie die veranlagten Kindergartengebühren. Die Bestattungs- und Grabnutzungsgebühren liegen mit gerundet 91.150 € aber bereits deutlich über dem hälftigen Haushaltsansatz 2018. Hauptsächlich durch Jahreskarten wurden an Benutzungsgebühren für das Freibad bis Ende Juni rd. 45.300 € eingenommen, geplant sind für das gesamte Jahr 50.000 €. Aussagen über die voraussichtlichen Rechnungsergebnisse können zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht getroffen werden.

Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen liegen mit 471.640 € bereits bei ca. 80 % der Summe der Haushaltsansätze. Manches wird aber auch erst zum Jahresabschluss gebucht und fehlt daher noch. Die Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung von Objekten, insbesondere der gemeindeeigenen Wohngebäude, Wohnungen und Grundstücke, weisen bereits eine kleine Mehreinnahme aus. Auch beim Holzverkauf sind bereits Mehreinnahmen von 3.300 € zu verzeichnen.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke vom Land sind mit 689.659 € etwa 47 % des veranschlagten Betrags von 1,46 Mio. € in der Kasse eingegangen. Aus Zuweisungen für den Betrieb der Kindergärten (Gemeinde und kirchlicher Träger) für das Jahr 2018 kann nach jetzigem Stand mit höheren Einnahmen gerechnet werden.

Im Bereich der Gewinnbeteiligungen von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen sowie Konzessionsabgaben fehlen zu den Haushaltsansätzen 2018 ca. 56.700 €. Dies hat den Grund darin, dass die Konzessionsabgabe für die Wasserversorgung mit 80.000 € noch

nicht verbucht wurde, da dies erst zum Jahresabschluss vollzogen werden kann (so es das Ergebnis des Eigenbetriebs Wasserversorgung zulässt).

Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 2018 bei den Einnahmen des Verwaltungshaushalts rd. 11,18 Millionen € verbucht, womit etwa 47 % der geplanten Summe von 23,94 Mio. € eingegangen sind bzw. veranlagt wurden.

1.3 Ausgaben des Verwaltungshaushalts 2018

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes wurden mit 9,42 Mio. € bis zum 29.06.2018 zu etwa 39 % bewirtschaftet.

Die erste Position der Ausgaben sind die Personalkosten. Von einem veranschlagten Gesamtbetrag in Höhe von 6,7 Mio. € sind bis zum o.g. Stichtag insgesamt 3,13 Mio. € abgeflossen, also 46,7 %. Eine Globale Minderausgabe ist im Haushaltsjahr 2018 nicht zu erwirtschaften.

Die nächste Ausgaben-Hauptgruppe sind die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen. Für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen wurden bei verfügbaren Mitteln von 1,28 Mio. € bis Ende Juni 2018 0,42 Mio. € ausgegeben, was einer Quote von rd. 33 % entspricht. Größere geplante Unterhaltungsmaßnahmen (z.B. der Austausch von Heizungsanlagen in den Kindergärten Kunterbunt und Arche Noah, Arbeiten am Lehrschwimmbecken) werden in den Schulferien umgesetzt, weshalb bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Finanzzwischenberichts natürlich noch keine Rechnung bezahlt wurde.

Manche der Unterhaltungsmaßnahmen wurden auch aus bestimmten Gründen zurückgestellt, wie die neue Heizung für das Schloss und die Sanierung des Sockelanschlusses der Atriumhalle. Es lässt sich, bedingt auch durch den Personalaufwand für größere investive Maßnahmen, voraussehen, dass die Mittel für die Unterhaltung der Gebäude nicht ausgeschöpft werden können. Im Bereich Tiefbau sind für die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Brücken 185.000 € im Haushalt 2018 vorgesehen, von denen bislang lediglich rund 33.000 € ausgegeben wurden. Auch hier wird sich aber auch im zweiten Halbjahr 2018 noch etwas bewegen.

Die Positionen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, besondere Aufwendungen für Beschäftigte und die weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben wurden bislang mit rd. 27 % der Haushaltsansätze i.H.v. 176.445 € verhalten bewirtschaftet.

Die Gelder für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Kosten für Heizung, Strom, Wasser/Abwasser, Müllgebühren etc.) sind mit rd. 363.000 € zu 63 % ausgeschöpft. Dies liegt aber in der Natur der Sache, da am Jahresanfang entsprechende Abschläge bzw. Vorauszahlungen für das gesamte Jahr gebucht werden. Hier fehlen natürlich noch die entsprechenden Abrechnungen.

Bei den Ansätzen für die Fahrzeughaltung wurden 50 % verausgabt. Es stehen noch rd. 24.000 € zur Verfügung.

Die weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben sind zum 29.06.2018 nur mit 36 % in Anspruch genommen worden. Hierzu gehören z.B. die Lehr- und Unterrichtsmittel sowie die Lernmittel der Schulen, bei denen der überwiegende Teil der Haushaltsmittel noch zur Verfügung steht. Noch gar nicht in Anspruch genommen wurden bereitgestellte Gelder für ein

Grünkonzept für Urbacher Grünanlagen, für den sächlichen Aufwand der Bauleitplanung, und für Vermessungspunkte am Altenberg.

Dadurch, dass bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen meistens schon die Jahresbeträge zum Soll gestellt wurden, sind bereits 93 % der Planansätze 2018 i.H.v. 1,2 Mio. € bebucht.

Mit etwa 68 % bzw. 295.000 € wurden die Haushaltsmittel für Steuern und Geschäftsausgaben (von Bürobedarf über Mitgliedsbeiträge bis zu Post- und Fernmeldegebühren) bereits bewirtschaftet. Teilweise sind allerdings gleich die Jahresbeträge bezahlt worden.

Je nach Rechnungsergebnis 2018 bei der Gewerbesteuer muss als direkte Folge mehr oder weniger Gewerbesteuerumlage bezahlt werden. Blicke es bei der jetzigen Veranlagungssumme von 4,5 Mio. € müssten 130.500 € im Vergleich zur Haushaltsplanung mehr bezahlt werden.

Die Finanzausgleichsumlage und die Kreisumlage sind die zu etwa 50 % abgerufen worden.

Zur Jahresmitte ist schwierig einzuschätzen, wie viel Einnahmen und Ausgaben noch im zweiten Halbjahr zu erwarten sind. Nicht alle Ausgaben fließen so gleichmäßig ab wie die Personalkosten. Manche Beträge wurden im ersten Halbjahr schon für das komplette Jahr verbucht, andere Beträge werden erst im zweiten Halbjahr bewirtschaftet oder fällig.

Sollten sich die Gewerbesteuereinnahmen weiter positiv entwickeln und die Ausgaben weiter im Rahmen bleiben könnte sich die Zuführung zum Vermögenshaushalt (in der Planung 730.000 €), erheblich verbessern. Gewissheit hat man aber erst beim Jahresabschluss 2018 im Folgejahr.

1.4 Einnahmen des Vermögenshaushalts 2018

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts zum 29.06.2018 belaufen sich auf lediglich 788.532 €. Geplant sind 10,54 Millionen €. Damit sind lediglich 7,5 % der Mittel eingegangen.

Die Zuführung des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt mit geplanten 730.000 € wird erst beim Jahresabschluss 2018 mit der dann endgültigen Summe vollzogen.

Bei den Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens handelt es sich hauptsächlich um Verkaufserlöse aus der Veräußerung von Grundstücken. Durch Verzögerungen bei der Umlegung Marktweg und in der Urbacher Mitte II konnten die geplanten Einnahmen von zusammen 6,3 Mio. € noch nicht realisiert werden. Lediglich die Kaufpreise für zwei Grundstücke an der Friedhofstraße für die Bebauung durch Mehrfamilienhäuser können als gesichert gelten, da das Kaufangebot der Gemeinde angenommen wurde und Notarverträge vorbereitet werden. Ebenfalls noch nicht verkauft sind der Mischgebietsbauplatz in der Wiesenstraße und die Grundstücke Widerscheinstraße 19 und 20. Die veranschlagten Beiträge für diese Grundstücke teilen dieses Schicksal.

An Zuweisungen und Zuschüssen floss ein weiterer Zuschuss der L-Bank für die Flüchtlingsunterkunft in der Wiesenstraße mit gerundet 149.500 €, welcher aber in voller Summe an den Bauherren weitergegeben wurde. Die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz für den Fensteraustausch im Nordbau der Wittumschule können in Bälde abgerufen werden, da die Maßnahme beinahe beendet ist. Hier wurden der Gemeinde Urbach pauschal 102.772 € zugesagt. Im Sanierungsprogramm Ortskern IV wurden von 66.000 € bislang 24.946 € für Honorare des Sanierungsträgers abgerufen.

Zuwendungen für verschiedene Maßnahmen im Bereich der Gemeindestraßen (Umbaukreuzung B 29/K1881, Radweg Urbacher Mitte II, Radwegergänzung Jugendhaus/ Neumühleweg und „Stuttgarter Holzbrücke“ in der Urbacher Mitte II) konnten mangels Ausführung noch nicht abgerufen werden. Auch bei der Hochwasserschutz-Teilmaßnahme am Urbach (Gewerbegebiet Raiffeisenstraße) und beim Rückbau des Urbachwehrs am Freibad ist man noch nicht so weit, dass die Förderungen beantragt werden können.

Die Verzögerungen bei der Vermarktung von Bauplätzen und die verzögerte Ausführung von Baumaßnahmen, für die Förderungen beantragt werden können, stellen für das Haushaltsjahr 2018 bzw. dessen Rechnungsabschluss ein erhebliches Risiko dar. Insofern muss im zweiten Halbjahr 2018 versucht werden, die Einnahmen so weit wie möglich zu realisieren. Eine Kreditaufnahme steht zur Liquiditätsstärkung nicht zur Verfügung. Auch die Rücklage könnte einen Ausfall von mehreren Millionen Euro nicht auffangen.

1.5 Ausgaben des Vermögenshaushalts 2018

Im Vermögenshaushalt 2018 wurden enorme 10,54 Millionen € für Investitionen bereitgestellt. Bis zum Zeitpunkt der Erstellung der Auswertungen wurden nur rund 2,05 Mio. € ausbezahlt.

Die höchsten Ansätze im Vermögenshaushalt befinden sich wie jedes Jahr im Bereich der Baumaßnahmen. Dafür wurden 6,95 Mio. € im Haushalt 2018 veranschlagt. Die größten Zahlungen für Investitionen fielen für grundlegende Verbesserungen an der Wittumschule (92.552 €), den Straßenbau der Steinbeisstraße (79.435 €), Straßen- und Kanalbau im Bereich Friedhofstraße, Innere Erschließung (440.332 €), Straßen- und Kanalbau Bereich in der Jahnstraße (276.552 €) und für das Hochwasserpumpwerk Urbachmündung (115.473 €) an.

Mit den großen Maßnahmen, wie z.B. der Verlängerung der Steinbeisstraße oder der Erschließung der Urbacher Mitte II und des Marktwegs, konnten wegen Verzögerungen die Mittel noch nicht in der gedachten Höhe abfließen. Jedoch wurde inzwischen mit den Projekten begonnen und bis zum Jahresende werden hier noch erhebliche Beträge fällig werden. Bereits in den Sommermonaten flossen nun erhebliche Mittel ab.

Für den Erwerb von Grundstücken wurden 2018 bislang ca. 348.645 € verausgabt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um den Ankauf eines ganzen Pakets an Flächen von zwei Eigentümern im Espach, in der Mühlstraße und verschiedenster Landwirtschaftsflächen in Urbach.

Da auch aus dem Rechnungsabschluss 2017 die Bildung hoher Haushaltsausgabereste ansteht, werden die Haushaltsausgabereste 2018 wiederum ein Rekordniveau erreichen. Die Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt 2016 betragen bereits 8,2 Mio. € und für 2017 muss mit knapp über 12 Mio. € gerechnet werden. Dies bringt den Haushalt bzgl. der Finanzierung an den Rand seiner Leistungsfähigkeit.

1.6 Rücklage

Der Rechnungsabschluss 2016 wies eine allgemeine Rücklage zum 31.12.2016 von 2.358.341 € aus. Im Haushaltsplan 2017 waren als Entnahme 1,28 Mio. € eingeplant, womit der Rücklagenbestand zum Ende des Haushaltsjahres 2017 auf 1,08 Mio. € geschrumpft wäre. Da wegen der hohen Haushaltsreste 2017 eine Deckungslücke entsteht, die aus der Allgemeinen Rücklage finanziert werden müsste, stünden Ende 2017 nur noch ca. 900.000 € zur Verfügung.

Im Haushaltsplan 2018 wurde eine Rücklagenzuführung i.H.v. 125.000 € kalkuliert. Sollte diese so kommen, was momentan noch nicht beurteilt werden kann, läge der Bestand der Allgemeinen Rücklage zum Ende 2018 bei etwa 1,03 Mio. € statt erwarteten 1,20 Mio. €.

1.7 Fazit

Das Fazit könnte man nahezu vom Finanzzwischenbericht 2017 abschreiben. Die Konjunktur entwickelt sich nach wie vor positiv und die äußeren Rahmenbedingungen sind nicht die Schlechtesten. Die Gewerbesteuer entwickelt sich nach einer kleinen Flaute in die richtige Richtung. Bei den Ausgaben sind im Verwaltungshaushalt noch keine Risiken erkennbar. Eher kommt es zu Einsparungen.

Das größte Sorgenkind ist der Vermögenshaushalt. Zum einen fehlen Grundstückserlöse, da sich die Vermarktung der Bauplätze u.a. in der Urbacher Mitte II aus unterschiedlichen Gründen verzögert hat und auch einzelne andere Bauplätze noch nicht verkauft werden konnten. Bei den Ausgaben drohen hohe Haushaltsreste, insbesondere bei den Baumaßnahmen, die zeitlich nicht so umgesetzt werden konnten wie geplant.

Die Hoffnung ruht darauf, dass bis zum Ende des Kalenderjahres 2018 doch noch möglichst viele Bauplätze vergeben und die Kaufverträge notariell beurkundet werden können.

Kassenmäßig stehen genug Mittel zur Verfügung, um die anfallenden Rechnungen, v.a. auch für die Großprojekte, wie der Erschließung der Urbacher Mitte II oder der Verlängerung der Steinbeisstraße, begleichen zu können.

Ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2018 ist bisher nicht notwendig.

2. Beschlussvorschlag

Kenntnisnahme

Fehrlen
Bürgermeisterin